



Kostensenkung und Prävention

Anforderungen an eine sozialdemokratische Gesundheitsreform -
Uwe Schwarz referiert über Gesundheitspolitik

Nachdem der Sonderparteitag der SPD zum Thema Agenda 2010 am Sonntag mit einem deutlichen Beschluss des Leitetrags geendet ist, wird sich nun die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die notwendig gewordenen Reformen im Gesundheitssystem verschieben. Hierzu bietet der SPD Stadtverband eine Veranstaltung an, zu der ihr herzlich eingeladen seid.

Gerade im Gesundheitssystem finden sich die Grundwerte unserer Arbeit wieder: anders als im internationalen Vergleich war eine Zwei-Klassen-Medizin bisher nicht Eckpunkt unseres Systems. Die Nutzung von modernsten medizinischen Geräten und fachärztlicher Leistungen ist für KassenpatientInnen ebenso zugänglich gewesen wie für privat versicherte BürgerInnen. Der Kostendruck ist jedoch im Laufe der Jahre derart

angewachsen, dass die Weichen neu gestellt werden müssen. Die Frage, ob die weitgehende Beibehaltung der bisherigen Leistungen bei gleichzeitiger Kostensenkung im System möglich ist, wird zum zentralen Diskussionsfeld in der Politik der nächsten Monate. Unbestritten ist, dass die enormen Überkapazitäten im Gesundheitssystem abgebaut werden müssen. Gesundheitsbewusstes Verhalten wird im deutschen Gesundheitssystem nicht gefördert. Ein weiteres Problem ist die abnehmende Konkurrenzfähigkeit der gesetzlichen Krankenkassen, der zum Zentralpunkt einer sozial gerechten Gesundheitspolitik werden wird.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben kein Interesse an einer Differenzierung zwischen Arm und Reich an der Praxis- oder Krankenhaustür. Wir fordern eine stärkere Vernetzung zwischen präventiver, ambulanter,

stationärer und rehabilitativer Versorgung. Ein Schwerpunkt des deutschen Gesundheitssystems soll nach unserer Ansicht auf der Prävention liegen, um Krankheit gar nicht erst zum Regelfall werden zu lassen.

Mit Uwe Schwarz als Referent, der Landtagsabgeordneter und in Northeim-Einbeck SPD-Unterbezirksvorsitzender ist, wollen wir unsere Anforderungen an eine gesundheitspolitische Reform diskutieren. Wir haben mit Uwe einen Experten für unsere DV gewinnen können, der die Umsetzbarkeit von Reformvorschlägen kennt und eng mit den EntscheidungsträgerInnen in der Gesundheitsreform zusammengearbeitet. Wir können sicherstellen, dass die Positionen und Ideen, die auf der DV formuliert werden, nicht ungehört bleiben! Über euer zahlreiches Erscheinen würden wir uns freuen!

EINLADUNG

Öffentliche Delegiertenversammlung

„Gesundheitssystem – Anforderungen an eine sozialdemokratische Gesundheitsreform“

Referent: **Uwe Schwarz**,
sozial- und gesundheitspolitischer
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Donnerstag, 12.06.03 um 20 Uhr

Gasthaus "Zum Weißen Roß"

Hannoversche Str. 128, Göttingen-Weende

SPD übernimmt Verantwortung für Göttingen

Einige Dinge waren in den letzten Tagen und Wochen im Rathaus im Fluss. Doch eine Konstante steht fest: Die SPD übernimmt Verantwortung für Göttingen und sie gewährleistet die Verabschiedung des Haushalts. "Der Haushalt, die Zukunft der Stadt, die anstehenden Sachfragen – das ist das Zentrum unserer Arbeit im Rathaus", so der SPD-Fraktionsvorsitzende Tom Wedrins, "Eitelkeiten und persönliche Befindlichkeiten dürfen das politische Geschäft nicht lähmen."



Tom Wedrins,
SPD-Fraktionsvorsitzender

Am vergangenen Wochenende haben sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Konsolidierung des Haushaltes geeinigt. „Wir sind uns unserer Verantwortung

bewusst. Durch die schnelle Einigung wollen wir die Planungssicherheit für die Stadt wieder herstellen und erreichen, dass die gemeinnützigen Träger und Initiativen endlich ihre Zuschüsse ausgezahlt bekommen“, so Tom Wedrins. „Wir erwarten, dass der in den Beschlüssen zum Finanzplan erkennbare Wille zur Konsolidierung auch von Bezirks- und Landesregierung unterstützt werden“. Gemeinsam wird für die kommende Woche eine Sonderratssitzung zur kurzfristigen Beschlussfassung beantragt.

Zuvor waren SPD und Wedrins gegenüber heftige Vorwürfe erhoben worden. Viel war von vermeintlich mangelnder Vertrauenswürdigkeit geredet worden. Wenig indes von Verantwortung. Für die SPD hat die Verantwortung für Göttingen entscheidende Bedeutung. Dafür hat sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erhalten und daran wird sie sich messen lassen. Die SPD-Ratsfraktion hatte entschieden, in der Ratssitzung am 9. Mai den CDU-Kandidaten für das Amt des Stadtbaurates nicht zu wählen und damit auch Verantwortung für unsere Stadt übernommen.

Göttingen ist eine Stadt in außerordentlicher Finanznot. Daher ist es der SPD-Fraktion lange schwer gefallen, sich

für die Besetzung einer Stadtbauratsstelle zu entscheiden. Überall sonst im Rathaus müssenempfindliche Personalkürzungen hingenommen werden. Da aber städtebauliche Probleme in unserer Stadt einen zentralen Stellenwert im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt besitzen und der Oberbürgermeister mit der Wahrnehmung dieses Arbeitsfeldes offensichtlich überfordert war, hat sie die Wiederbesetzung dieses Amtes grundsätzlich akzeptiert.

Die Entwicklung eines Planungsleitbildes, die Anwerbung von Investoren, die attraktive Entwicklung der Innenstadt mit schlüssigen Lösungen für die Areale „Altes Stadtbad“ und „Lünemangelände“, ein Einzelhandelskonzept, der Erhalt von Wohn- und Lebensqualität in der Mitte und den Stadtteilen, die Verkehrsentwicklung und nicht zuletzt die Akquisition von Fördermitteln sind drängende Aufgaben, die ein Stadtbaurat zu erfüllen hat. Darum ist es notwendig, bei der Entscheidung mit einer Festlegung für die nächsten 8 Jahre mit besonderer Sorgfalt vorzugehen und besondere einschlägige Qualifikation vorauszusetzen. Bei dem Personalvorschlag des Oberbürgermeisters gab es erhebliche und wachsende Zweifel, gerade auch von Fachkreisen in der Stadt, ob dieser den besonderen Zukunftsaufgaben der Stadt Göttingen gewachsen sein würde. Fehlende Kenntnisse und Erfahrungen insbesondere in den Bereichen Stadtplanung und Stadtentwicklung wogen besonders schwer, da aufgrund fehlender Profilierung in diesen Bereichen der Ruf nach der Wiederbesetzung des Stadtbaurates erst laut geworden waren.

Vereinbarungen zwischen Parteien setzen Vertrauen voraus, sie dürfen aber nicht die Verantwortung für die Stadt, ihre Finanzen und ihre Zukunftsfähig-

keit dem parteipolitischen Ämterproporz unterordnen. Die SPD-Fraktion hat der CDU und dem Oberbürgermeister, der das Vorschlagsrecht besitzt, ihre inhaltliche Position über die Diskrepanz von Anforderungen und Qualifikation und die daraus resultierende Ablehnung des Personalvorschlages rechtzeitig vertraulich mitgeteilt. Es wäre die Aufgabe des Oberbürgermeisters gewesen, daraufhin seinen Vorschlag zurückzuziehen, auch um den Kandidaten vor öffentlichem Schaden zu bewahren. Denn das Mehrheitsergebnis im Rat zeichnete sich bereits vorher deutlich ab, da außer der CDU keine andere Fraktion zur Zustimmung bereit war. Dieser Verantwortung für Stadt und Kandidat ist der Oberbürgermeister jedoch nicht nachgekommen. Die Abstimmungsniederlage bei der Wahl des Baudezernenten ist eine Niederlage für die Führungsfähigkeit des Oberbürgermeisters.

Der SPD-Ratsfraktion Vertrauensbruch vorzuwerfen, ist nicht zutreffend und verkennt die eigentliche Situation. Die Entscheidung der SPD zur Personalfrage war rechtzeitig und vertraulich bekannt. Die SPD hat stets deutlich gemacht, dass sie zu einer weiteren Zusammenarbeit bereit gewesen wäre, ebenso ihre Bereitschaft, einen qualifizierten Personalvorschlag mitzuwählen.

Die SPD steht weiterhin zur Haushaltsverantwortung für unsere Stadt. In den Vorbesprechungen zum Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2003 und dem dazugehörigen Finanzplan gab es eine einvernehmliche Abstimmung zwischen SPD und CDU. Die CDU-Fraktion hat jedoch diese Maßnahmen nicht mit umgesetzt und damit eine Genehmigung des Haushaltes verhindert. Sie hat damit aus Enttäuschung über die Niederlage bei der Wahl des Stadtbaurates das Haushaltsbündnis zur Disposition gestellt und wollte ihren Zwiß auf dem Rücken der sozialer und kultureller Einrichtungen, Verbände und Vereine in Göttingen austragen, die dringend auf städtische Zuschüsse angewiesen sind. Damit zeigt sie, wie ernst sie ihre Verantwortung für Göttingen nimmt.



Stolz mit Schlüssel zum neuen Parteihaus (v. l. n. r.): Wolfgang Jüttner, Inge Wettig-Danielmeier, Thomas Oppermann, Tom Stolle und Gabi Andretta.

Bild: Harry Hurtig

Neues Parteihaus in der Nikolaistraße

Schön würde es werden, das erkannte man im Vorbeifahren schon länger. Auf der Eröffnungsfeier am vergangenen Freitag verschafften sich viele Genossinnen und Genossen einen ersten Einblick hinter die Fassade des neuen Parteihauses.

An der Ecke von der Nikolaistraße zur Bürgerstraße ist ein ehemals stadteigenes Gebäude mit größeren Investitionen in siebenmonatiger Renovierungsarbeit in ein modernes Bürogebäude umgestaltet worden. Neben der SPD ziehen dort eine Anwaltskanzlei, ein Sportverein und eine Reiseagentur ein.

Vor nunmehr drei Wochen wurden im traditionsreichen SPD-Büro am Maschmühlenweg die Umzugskisten gepackt und innerhalb weniger Tage auf die andere Seite der Innenstadt transportiert. Das Parteihaus war früher Wohnhaus, dann Standesamt und schließlich Sitz des Stadtsporthundes und einiger Vereine und Verbände. Dementsprechend bekannt ist die Nikolaistr. 30 innerhalb der Bevölkerung – einige SPD-Mitglieder schlossen hier den Bund fürs Leben.

Mit dem Kauf und Umbau dieser großzügigen Immobilie hat die Konzentration GmbH, die für die SPD treuhänderisch

Immobilien entwickelt und verwaltet, den Göttinger GenossInnen einen Teil der Identität zurückgegeben, die ihnen durch den Verkauf des einst mit Arbeitergrochen aufgebauten Gebäudes am Maschmühlenweg, genommen worden war. Gerade Inge Wettig-Danielmeier hat sich persönlich stark für eine Wiedergutmachung eingesetzt. Nun hat die SPD Göttingen wieder einen repräsentativen, freundlichen und kommunikativen Standort gefunden. Zusammen mit den Abgeordnetenbüros von Gabi Andretta, Thomas Oppermann und Inge Wettig-Danielmeier finden SPD-Stadtverband und Unterbezirk eine moderne Arbeitsumgebung, um vernetzt und effektiv arbeiten zu können.

Der Sitzungsraum, auch Forum genannt, befindet sich im 2. Stock bietet der SPD hervorragende Möglichkeiten. Modern, gläsern, technisch auf dem neuesten Stand präsentiert sich der ausgebaute Dachstuhl, der mit Kunst und Eindrücken

aus der Tradition – insbesondere der lokalen – SPD versehen ist. Hier werden Ortsvereinssitzungen, Versammlungen der Vorstände und Arbeitsgemeinschaftstreffen in guter Gesprächsatmosphäre problemlos möglich sein. Das Forum wird seinen Reiz jedoch genauso für Mieter aus parteifremden Verbänden und Unternehmen entfalten.

Der Stadtverband freut sich mit den Mitgliedern, den MitarbeiterInnen und dem Unterbezirk sowie der Konzentration GmbH als Eigentümerin über die faszinierenden Möglichkeiten, die der Sozialdemokratie in Göttingen damit offen stehen. Wir sind uns sicher, dass wir das Haus mit Leben erfüllen werden und unsere Partei sich durch den Umzug eine Adresse zugelegt hat, die in der Öffentlichkeit unser Bestreben nach Bürgernähe und Offenheit widerspiegelt – auch durch die Bushaltestelle vor dem Haus und ein ausreichendes, abends kostenfreies Parkplatzangebot in unmittelbarer Nähe.

Vorankündigung

Der **Arbeitskreis Schule** des Stadtverbandes unter Leitung von Gabi trifft sich am 19. Juni 2003 um 20.00 Uhr im Apex, TV-Raum. Thema wird die Umsetzung der CDU-Schulstrukturreform in Göttingen sein. Dazu sind alle herzlich eingeladen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD Stadtverbandsvorstand Göttingen
Maschmühlenweg 8-10 - 37073 Göttingen
druckpunkt@spd-goettingen.de

Redaktion:

Gregor Motzer (gm); Horst Reinert (hr);
Lars Gargulla (lg), V.i.S.d.P.; Martin Koch
(mk); Tom Stolle (ts)

Auflage: 1400 Exemplare

Termine

06.06.-08.06.03

Berlin, Reichstag

UNIted nations? -

Internationalisierung der

Hochschulen

Bildungspolitischer Kongress
von Juso-Hochschulgruppen
und SPD-Bundestagsfraktion

14.06.2003, 10:00 Uhr

Bad Pyrmont

Europawahlkonferenz

Zur Vorbereitung der
Europawahlen im Juni
2004 werden auf einer
Europawahlkonferenz die
Vorschläge des SPD-Bezirks
Hannover für die Bundes-
delegiertenkonferenz Ende
November in Bochum
vorgenommen.

14.06.2003, 14:00 Uhr

Bad Pyrmont

SPD-Bezirksparteitag

Ordentlicher Parteitag des SPD-
Bezirks Hannover, zweitägig

16.06.03, 20:00 Uhr

Parteihaus Göttingen

SPD-Stadtverbandsvorstand

19.06.03

Apex, TV-Raum

Arbeitskreis Schule

Thema: Umsetzung der CDU-
Schulstrukturreform

21.06.03, 14:00 Uhr

Parteibüro Hann. Münden

Juso-Unterbezirksvorstand

27.06.03, 17:00 Uhr

Jugendherberge Göttingen

**Juso-Neumitglieder-
versammlung**

28.06.2003, 10:00 Uhr

*Aula, alte PH im Waldweg,
Göttingen*

SPD-Unterbezirksparteitag

Ordentlicher Parteitag des
SPD-Unterbezirks Göttingen.

03.07.03

Herberhausen

SPD-Stadtverbandsvorstand

06.09.03, 14:00 Uhr

Parteihaus Göttingen

**Juso-Seminar Politische
Jugendarbeit Teil 2**

13.-14.09.03, 10:00 Uhr

HVHS Springe

**Juso-Seminar Politische
Jugendarbeit Teil 3**

17.11.2003, 10:00 Uhr

Bochum

SPD-Bundesparteitag

Ordentlicher SPD-
Bundesparteitag, dreitägig

Die neuen Telefonnummern:

0551 / 50 311 - 0 Zentrale

0551 / 50 311 - 10 SPD-Unterbezirk

0551 / 50 311 - 20 SPD-Stadtverband

0551 / 50 311 - 14 WK-Büro Inge Wettig-Danielmeier

0551 / 50 311 - 17 WK-Büro Gabi Andretta

0551 / 50 311 - 18 WK-Büro Thomas Oppermann

0551 / 50 311 - 22 Fax

Die neue Adresse:

SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistr. 30
37073 Göttingen

Die Internet- und Email-Adressen
behalten wir natürlich bei!

